

Antrag 68/I/2023

KDV Charlottenburg-Wilmersdorf

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission

Überweisen an: Wiedervorlage LPT II-2023 (Konsens)

Die Verteidigung unserer östlichen Nachbarn nachhaltig unterstützen!

1 Mit dem erneuten russischen Angriff auf die Ukraine wur-
2 de uns klar, dass Russland Angriffskriege auch in Europa
3 als Mittel der Politik sieht. Deutschland hatte die Augen
4 davor verschlossen, als es sich um Georgien, Syrien oder
5 östliche Teile der Ukraine handelte. Wir haben die juristi-
6 sche und moralische Verpflichtung, unsere Partner in der
7 EU und der NATO zu verteidigen, die der-zeit von Russland
8 bedroht sind.

9

10 Auch haben wir zusammen mit unseren Partnern die
11 Entschei-dung getroffen, die Ukraine dabei zu unterstüt-
12 zen, ihre territoriale Integrität wiederherzustellen. Art
13 und Umfang unserer Unterstüt-zung für die Ukraine beru-
14 hen auch auf ihrer demokratischen Ent-wicklung und ih-
15 rem Verhalten in den befreiten Gebieten.

16

17 Humanitäre Hilfe für die Ukraine ist wichtig und richtig.
18 Sie ist aber nicht nachhaltig, wenn Russland gleichzeitig
19 weiter Tod und Verwüstung bringt. Ein "eingefrorener"
20 Konflikt ist keine Lösung. Die Waffenstillstandsvereinba-
21 rungen in Transnistrien, im Kauka-sus oder in Donezk
22 haben russisch kontrollierte Besatzungsre-gimes fortge-
23 schrieben. Nach Bucha und nach Isjum kann das keine Al-
24 ternative sein. Wir haben alle die Berichte gesehen, was ei-
25 ne russische Besatzung bedeutet. (Wir hätten gerne "mit
26 Er-schrecken und Unglauben" geschrieben, nach Tsche-
27 tschenien und Syrien wäre das jedoch Selbstbetrug.)

28

29 Es ist zu hoffen, dass die russische Führung ihren Fehler
30 einsieht und die Invasion beendet. Wir unterstützen Ver-
31 handlungen mit diesem Ziel. Es ist aber nicht damit zu
32 rechnen, dass das ohne weitere schwere Kampfhandlun-
33 gen geschieht.

34

35 Wirksame moderne Waffensysteme, Munition und Aus-
36 rüstung haben lange Lieferzeiten. Waffenbestellungen für
37 die Bundes-wehr im Rahmen des 100-Mrd.-Programms,
38 durch unsere Ver-bündeten und durch oder für die Ukrai-
39 ne müssen deshalb durch die Bundesregierung langfristig
40 koordiniert werden.

41

42 Damit bleibt die Frage, ob doch bitte andere westliche
43 Staaten liefern sollen, ob die Ukraine direkt bei der deut-
44 schen Industrie bestellt oder ob die Bundesregierung eine
45 zentrale Rolle ein-nimmt. Wir sehen hier Deutschland und
46 die Regierung in der Pflicht.